

Arbeitsmarkt: Auch illegale Einwanderer helfen der Wirtschaft

06.10.2008 | 18:18 | (Die Presse)

Migrations-Ökonom warnt vor Grenzen-dicht-Politik. Der ÖGB beharrt auf dieser: „Vorzeitige Öffnung wäre derzeit ein fatales Signal.“

Wien (ag./cim). Die USA dienen als Paradebeispiel: Millionen Einwanderer aus Mexiko arbeiten in den Staaten, zahlen dort Steuern, und die Kriminalität in dieser Bevölkerungsgruppe sei gering. Mit diesem Beispiel untermauert Christian Dustmann, Experte für Migrationsökonomie, seine provokante These: Einwanderer, legale wie auch illegale, sind gut für westliche Volkswirtschaften.

In den USA wüsste die Regierung, dass die Wirtschaft die Migranten aus Mexiko braucht und man sie daher nicht wieder über die Grenze schicken könne. „Illegale Immigration ist manchmal ein Regulativ, um auf gewisse Notwendigkeiten zu reagieren“, so der Ökonom vom University College in London am Montag bei einer Veranstaltung der Linzer Johannes Kepler Universität. Zuwanderung könne Engpässe am Arbeitsmarkt kurzfristig beseitigen. Nachfrage gebe es sowohl nach bestimmten Qualifikationen als auch im ungelerten Bereich, so Dustmann. Einheimische weigern sich bei vielen Jobs, meist wegen der schlechten Bezahlung, diese auszuüben. Wären die Betriebe gezwungen, für diese Tätigkeiten mehr zu bezahlen, wären die Unternehmen nicht konkurrenzfähig und würden eventuell abwandern.

Lohndumping gut für Gehälter

Dieser Effekt, den viele als Lohndumping fürchten, sei für die Einkommen im Durchschnitt positiv.

Bei sehr niedrigen Einkommen könne es zwar leichte Einbußen geben, in Summe sei der Effekt aber positiv, so Dustmann. Besonders profitieren die Besserverdiener von den Billigstarbeitskräften, argumentiert der Ökonom.

Dustmann warnte in Linz eindringlich vor einer Politik der dichten Grenzen. „Das wäre fatal, es würde uns von den Weltmärkten entfremden.“ Aber auch das Gegenteil würde Gefahren bergen.

Denn eine völlig freie Zuwanderung würde radikale, migrationsfeindliche Strömungen in der Gesellschaft verstärken. „Dann schlägt das Pendel um, und die Tür wäre für längere Zeit wieder zu“, so der Migrationsökonom.

Die Gewerkschafter warnen währenddessen vor einer vorzeitigen Öffnung des Arbeitsmarktes. Angesichts der „brennenden Probleme an den Finanzmärkten“ und der konjunkturellen Entwicklung wäre es ein „fatales Signal“, würde Österreich in nächster Zeit seinen Arbeitsmarkt völlig öffnen, so ÖGB-Präsident Rudolf Hundstorfer gestern in einer Aussendung.

Am Montagabend haben in Wien Wirtschaftsminister Martin Bartenstein, die Sozialpartner und EU-Sozialkommissar Vladimir Spidla über die Übergangsfristen für die Öffnung des österreichischen Arbeitsmarktes beraten.

AK/ÖGB: Keine Öffnung vor 2011

ÖGB und Arbeiterkammer fordern, dass die EU-Übergangsfristen für den Arbeitsmarkt bis 2011 voll ausgeschöpft werden. „Nur so können wir heimische Arbeitsplätze sichern und Maßnahmen vorbereiten, um Lohn- und Sozialdumping zu verhindern“, fordert AK-Präsident Herbert Tumpel.

ÖGB-Wirtschaftssprecher Erich Foglar plädiert anlässlich des Besuchs von Kommissar Spidla in Österreich auf „mehr Engagement in Richtung soziales Europa“.

Foglar will, dass die Übergangsregelungen erst auslaufen, wenn in der gesamten Union soziale Mindestnormen gelten, „davon sind wir aber weit entfernt“, meint der Gewerkschafter.

Die Österreichische Hotelierversammlung (ÖHV) hingegen fordert eine rasche Öffnung des Arbeitsmarkts. Damit die Tourismusindustrie weiter wächst, brauche man Arbeitskräfte. Diese seien in Österreich nicht ausreichend verfügbar, daher müsse der Markt sofort für Arbeitskräfte aus den neuen EU-Staaten geöffnet werden, heißt es in einem Positionspapier der ÖHV, das Kommissar Spidla am Montag überreicht wurde.

© DiePresse.com